

**Interpellation von Willi Vollenweider betreffend
ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im
Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen
Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer
Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher**

Stellungnahme zur regierungsrätlichen Beantwortung der Interpellation,
vorgetragen durch Willi Vollenweider, an der ordentlichen Sitzung vom 13.
Dezember 2018, am Rednerpult des Zuger Kantonsrates in Zug

sehr geehrter Herr Ratspräsident
werte Kollegen und Kolleginnen
geschätzte Mitglieder des Zuger Regierungsrates
werte Anwesende und Gäste

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung.
Meine Interessenbindung: ich bin ehrenamtlich tätiger Präsident des Vereins
Gruppe Giardino, der sich für den Wiederaufbau einer glaubwürdigen Lan-
desverteidigung der Schweiz nach dem Miliz-Prinzip einsetzt.
Sicherheit ist die wichtigste Leistung des Staates gegenüber der Bevölke-
rung und der Wirtschaft. Ohne Sicherheit ist alles nichts.
Der Regierungsrat und ich beurteilen die Lage offensichtlich stark unter-
schiedlich.

Ich möchte einleitend folgendes rekapitulieren.
Die Interpellation steht unter dem Titel «ausserordentliche Lage». Die
Sicherheitsverbunds-Übung SVU 19 schildert ein durchaus mögliches Sze-
nario, worin irreguläre Kämpfer, im Volksmund Terroristen genannt, in Stär-
ke von mehreren Hundert bis wenige Tausend die Schweiz heimsuchen.
Vorstellen kann man sich dies beispielsweise so wie die «grünen Männ-
chen», welche vor vier Jahren die Krim-Halbinsel unter ihre Kontrolle ge-
bracht hatten.
Meine Interpellation bezieht sich im weiteren explizit auf eine schweizweite
terroristische Bedrohung. Schweizweit bedeutet, dass sich die Kantone nicht
gegenseitig aushelfen können. Kein Kanton wird in dieser Lage Kräfte an
Nachbarkantone abgeben, auch Zug nicht. Auch das ist SVU 19 Szenario.
Nun, zu ein paar Punkten in der Antwort.
Zur Frage 3 meint der Regierungsrat, der Bund helfe uns dann schon.
Leider FALSCH! In Wahrheit ist kaum Hilfestellung durch den Bund zu er-
warten. Alles andere ist Wunschdenken, Illusion.

Der Regierungsrat schreibt, die Armee könne die da aufgelisteten Leistungen erbringen für den Kanton Zug.

Diese Liste ist irreführend. Die schweizweite Bedrohung führt ja dazu, dass alle Kantone Armee-Unterstützung anfordern werden. Alle gleichzeitig! Die bescheidenen Armee-Kräfte sind nicht exklusiv für Zug reserviert! Deshalb reduzieren sich die hier zitierten Zahlen für den Kanton Zug etwa um den Faktor 30! Auf einen Dreissigstel.

Für einen subsidiären Armee-Einsatz zugunsten des Kantons Zug kämen ausschliesslich die vier Infanterie-Bataillone der Territorial-Division 3 in Betracht. Von diesen vier werden nach 10 Tagen nur deren zwei mobilisiert sein. Im besten Fall also 1'700 AdA für 12'000 km², also vielleicht 100 bis 150 für den Kanton Zug. Ein entschlossener terroristischer Gegner wird den schleppend verlaufenden Aufmarsch der Schweizer Alibi-Armee brutal ausnützen und alles daran setzen, um die Entscheidung in den ersten Tagen des Konfliktes zu erzwingen. Mit 100 bewaffneten Sicherheitskräften, die gleichzeitig in unserem Kanton auf der Strasse und um unsere Objekte stehen, kann die Sicherheit niemals gewährleistet werden. Der Kanton Zug hisst dann die weisse Fahne und ergibt sich dem Terrorismus.

Direkt anschliessend stellt der Regierungsrat die Theorie auf, ZITAT «*diese Zahlen seien im europäischen Vergleich führend*» ZITAT ENDE. 35'000 AdA in zehn Tagen sei gleichsam eine Spitzenleistung. Auch das ist falsch. Im «europäischen Vergleich» ist selbstverständlich nicht etwa die Schweiz führend, sondern Russland. Europa besteht bekanntlich im wesentlichen aus den 47 Mitglied-Staaten des Europa-Rates von Strassburg. Russland hat etwas mehr als 1 Million Mann aktiver Militärs, also unter Waffen. Diese eine Million muss nicht mobilisiert werden, sondern sie ist sofort einsatzbereit. In den letzten paar Jahren, besonders 2017/2018 hat Russland immer wieder sehr grosse Verbände ohne Vorwarnung, aus dem Stand heraus, zu grossen Manövern aufgeboden.

Bedrohungen sollten nicht einfach ignoriert oder verdrängt werden nur weil sie einem nicht passen.

Bei der Frage 8« wieviele bewaffnete Sicherheitskräfte braucht es?» wird dann offen deklariert, der Schutz der kritischen Infrastrukturen sei Sache der Betreiber. Und die Zuger Regierung hätte hierbei keinerlei Verantwortung, völlig egal welche Schäden und Folgeschäden die Bevölkerung und die Wirtschaft erleiden würden.

Mit anderen Worten: SBB, Swisscom, Wasserwerke Zug, Migros, Coop, Tanklagerfirmen, Behörden und viele weitere sollen ihre kritischen Infrastrukturen gefälligst mit eigenem Personal und mit Securitas-Wärtern gegen

bewaffnete Terroristen schützen. Das kann nicht funktionieren. Terroristen sind doch keine Kleinkriminelle, die sich durch Pfefferspray beeindrucken lassen.

Die viel zu geringe Anzahl bewaffneter Sicherheitskräfte von Polizei und Militär reicht allerhöchstens aus, um lediglich eine oder zwei kritische Infrastrukturen zu schützen. Für Gebiete grösserer Menschenansammlungen wie Bahnhöfe, Einkaufszentren, Sportanlagen, religiöse Einrichtungen und dergleichen kommt die Armee nicht in Frage, da sie nicht trainiert ist für dissuasive Patrouillen-Einsätze mit hoher Visibilität. Präsenz wie es Frankreich seit dem Bataclan-Anschlag mit einigem Erfolg praktiziert.

Der Regierungsrat zeigt an keiner einzigen Stelle seiner Antwort konkret auf, wie mit den rund 100 gleichzeitig verfügbaren bewaffneten Sicherheitskräften von Polizei und Armee sowohl die Bevölkerung als auch die kritischen Infrastrukturen geschützt werden können.

Es wäre dringlich, diese Verzichtsplannung politisch bewilligen zu lassen und auch gegenüber der Bevölkerung zu kommunizieren. In Beantwortung der Frage 13 Kommunikation wird aber genau diese Kommunikation vehement abgelehnt. Es wäre sehr zu begrüessen, wenn der Bevölkerung reiner Wein eingeschenkt werden würde. Die Zuger Bevölkerung wäre gemäss Übungsanlage der «SVU 19» der brutalen Gewalt der Terroristen nahezu schutzlos ausgeliefert. Wenn man ihr dies offen mitteilen würde, würden die Zuger und Zugerinnen die ihnen notwendig erscheinenden Vorkehrungen zu ihrem Überleben in Eigenverantwortung selber an die Hand nehmen.

Die Bevölkerung und die Zuger Wirtschaft müssen dringend informiert werden, dass die kritischen Infrastrukturen weder vom Kanton noch vom Bund geschützt werden können und sie sich mit Vorteil darauf vorbereiten, über längere Zeit ohne Trink-Wasser, ohne Bahnverkehr, ohne Zahlungsmittel, ohne Internet, ohne Telefonie, ohne Energieversorgung und ohne Grossverteiler zu leben.

Die Interpellations-Antwort hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Mittel zur Bewältigung des Beispiel-Szenarios deutlich nicht ausreichen. Es besteht Handlungsbedarf.

Aus Termingründen habe ich das [Fortsetzungs-Postulat](#) bereits einreichen müssen, ohne die heutige Diskussion abzuwarten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Willi Vollenweider, Kantonsrat (parteilos), 13. Dezember 2018